

**Vielen Dank für Ihr Interesse an unseren juristischen Fachbüchern.**

Auf den nachfolgenden Seiten finden Sie einen Auszug Ihres gewünschten JVP-Exemplars als Leseprobe.

Sie können die komplette Ausgabe jederzeit direkt „online“ unter **[www.jvpegnitz.de](http://www.jvpegnitz.de)**, per Fax oder Telefon bestellen.

**Juristischer Verlag Pegnitz**

Lohestraße 17

D - 91257 Pegnitz

Telefon: +49 - (0)9241 / 8091-0

Telefax: +49 - (0)9241 / 8091-21

E-Mail: [info@jvpegnitz.de](mailto:info@jvpegnitz.de)

Internet: <http://www.jvpegnitz.de>

# **Wertpapierrecht**

Wertpapierrecht  
Die Zwangsvollstreckung in Wertpapiere  
Das Wechsel- und Scheckprotestverfahren

von

DIPL.-RPFL. (FH) REINHOLD WIEDEMANN  
Geschäftsleiter des Amtsgerichts Memmingen a.D.

Rechtsstand: Januar 2016

Juristischer Verlag Pegnitz GmbH

## **Vorwort**

Dieses Buch wendet sich an die in der Ausbildung zum Gerichtsvollzieher stehenden Personen, aber auch allgemein an die in der Praxis mit der Zwangsvollstreckung in Wertpapiere befassten Personen und an Protestpersonen (Notare und Gerichtsvollzieher).

Das Buch stellt im ersten Teil das Wertpapierrecht und die Zwangsvollstreckung in Wertpapiere dar, im zweiten Teil das Verfahren über die Erhebung von Wechsel- und Scheckprotesten.

Kenntnisse im Wertpapierrecht sind insbesondere für Gerichtsvollzieher von Bedeutung, da bestimmte Wertpapiere wie bewegliche körperliche Sachen behandelt werden und deshalb der Gerichtsvollzieher für die Zwangsvollstreckung in die Wertpapiere zuständig ist. Die Einordnung von Urkunden, ob Wertpapier oder sonstiges Legitimations- oder Beweispapier, ist deshalb für ihn wichtig. Für die mit der Zwangsvollstreckung befassten Personen sind diese Kenntnisse ebenso bedeutsam.

Das Protestverfahren ist nach einer Prüfungsreihenfolge dargestellt, die sowohl in der Ausbildung, als auch in der Praxis angewendet werden kann. Dadurch sollen die einzelnen Gesetzesbestimmungen des Wechsel- oder Scheckgesetzes leichter erlernbar werden. Vor allem soll das Verständnis für das Ineinandergreifen der Regelungen gefördert werden. In diesem Teil sind viele Beispiele und Muster enthalten, die die praktische Arbeit erleichtern sollen. In der Praxis kommen Protestaufträge nicht häufig vor, so dass das in der Ausbildung gelernte Wissen oft nicht mehr parat ist. Aufgrund langjähriger Tätigkeit als Lehrkraft im Fach Wertpapierrecht an der Bayerischen Justizakademie in Pegnitz bin ich der Meinung, dass sowohl in der Ausbildung als auch in der Praxis die Darstellung in Form eines Lösungsschemas leichter erlernbar und zu verstehen ist, als eine Darstellung streng nach den Gesetzesbestimmungen. Werden bei der Überprüfung des Protestauftrages Probleme gefunden, können die aktuellen Kommentare diese Einzelprobleme lösen. Dieses Buch soll und will deshalb einen Kommentar nicht ersetzen. Das dargestellte Protestverfahren soll eine Protestperson (Notar, Gerichtsvollzieher) in die Lage versetzen, einen Protestauftrag samt Wechsel oder Scheck auf die Zulässigkeit hin zu überprüfen und den Auftrag dann vorschriftsmäßig durchzuführen zu können.

Die Bezeichnung Gerichtsvollzieher schließt sowohl die Gerichtsvollzieherinnen, als auch die Gerichtsvollzieher ein. Aus Einfachheitsgründen habe ich die Form „Gerichtsvollzieher“ gewählt.

Fehler, gewünschte Ergänzungen usw. bitte ich dem Verlag mitzuteilen.

Januar 2016

Reinhold Wiedemann,  
Dipl.Rechtspfleger (FH)

## Inhalt

Vorwort .....	1
Abkürzungsverzeichnis: .....	13
Literaturverzeichnis .....	14
<b>1 Wertpapierrecht und die Zwangsvollstreckung in Wertpapieren</b> .....	<b>15</b>
<b>1.1 Übersicht</b> .....	<b>15</b>
1.1.1 Allgemein .....	15
1.1.2 Definition des Wertpapiers .....	17
1.1.3 Keine Wertpapiere: .....	19
1.1.4 Funktionen des Wertpapiers .....	20
1.1.5 Arten der Verwahrung und die Verwaltung der Wertpapiere (Depotgeschäft) .....	23
1.1.6 Wertrechte .....	26
1.1.7 Einteilung der Wertpapiere .....	28
1.1.8 Inhaberpapiere .....	32
1.1.9 Inhaberzeichen (Inhaberverpflichtungsschein oder kleines Inhaberpapier) .....	43
1.1.10 Aktien .....	44
1.1.11 Inhaberaktie .....	46
1.1.12 Investmentanteilscheine .....	48
1.1.13 Inhaberinvestmentzertifikate .....	51
1.1.14 Scheck .....	51
1.1.15 Inhaberscheck .....	58
1.1.16 Pfändung eines Inhaberschecks .....	58
1.1.17 Inhabergrund- oder Inhaberrentenschuld, § 1195 BGB .....	59
1.1.18 Orderpapiere .....	59
1.1.19 Wechsel .....	67
1.1.20 Orderscheck .....	71
1.1.21 Namensaktie .....	72
1.1.22 Namensinvestmentanteilschein, § 95 KAGB .....	75
1.1.23 Rektapapiere .....	75
1.1.24 Rektawechsel, Rektascheck .....	78
1.1.25 Namensschuldverschreibung .....	78
1.1.26 Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldbrief .....	79
<b>1.2 Pfändung von Wertpapieren</b> .....	<b>79</b>
1.2.1 Übersicht .....	79
1.2.2 Voraussetzungen einer Pfändung .....	80
<b>1.3 Verwertung von Wertpapieren</b> .....	<b>83</b>
1.3.1 Grundsatz .....	83
1.3.2 Börsen- oder Marktpreis .....	84
1.3.3 Keinen Börsen- oder Marktpreis .....	85

<b>1.4 Pfändung und Verwertung von Inhaberpapieren</b>	85
1.4.1 Pfändung von Inhaberpapieren	85
1.4.2 Verwertung von Inhaberpapieren	88
<b>1.5 Pfändung und Verwertung von Orderpapieren</b>	89
1.5.1 Übersicht	89
1.5.2 Pfändung eines Orderpapiers	90
1.5.3 Beispiele für Orderpapiere (vgl. auch die Einzeldarstellungen bei Ziffern 1.1.19 bis 1.1.22)	91
1.5.4 Verwertung von Orderpapieren	91
1.5.5 Besonderheiten bei der Namensaktie	92
1.5.6 Besonderheiten beim Namensinvestmentanteilschein	93
1.5.7 Besonderheiten beim Orderscheck	93
1.5.8 Besonderheiten bei der Pfändung eines Wechsels, der vor einer Anordnung des Vollstreckungsgerichts fällig wird, § 123 Abs. 5 GVGA	94
<b>1.6 Pfändung und Verwertung von Rektapapieren</b>	95
1.6.1 Überblick	95
1.6.2 Rektapapiere sind insbesondere	96
1.6.3 Pfändung eines Rektapapiers	96
1.6.4 Verwertung eines Rektapapiers	98
1.6.5 Hypotheken-, Grund- oder Rentenschuldbrief	99
1.6.6 Rektawechsel oder Rektascheck	99
1.6.7 Namensschuldverschreibungen (z.B. Sparbriefe, Sparkassenbriefe, Namensschuldverschreibungen der Industrie, etc.)	100
<b>1.7 Pfändung und Verwertung von Legitimationspapieren oder Beweispapieren</b>	100
1.7.1 Qualifizierte Legitimationspapiere nach § 808 BGB	100
1.7.2 Sonstige Legitimationsurkunden	100
<b>1.8 Wertrechte</b>	101
1.8.1 Übersicht	101
1.8.2 Wertrechte sind vor allem die Anleihen der öffentlichen Hand. Vergleiche hierzu auch Ziffer 1.1.6	101
1.8.3 Probleme bei der Verwertung	101
<b>1.9 Übersichten über die Pfändung und Verwertung von Wertpapieren</b>	102
1.9.1 Pfändung von Inhaber- oder Orderpapieren	102
1.9.2 Verwertung von Inhaber- und Orderpapieren	103
1.9.3 Pfändung und Verwertung von Rektapapieren	104
<b>1.10 Angabe in der Vermögensauskunft</b>	104
<b>2 Verfahren über den Wechsel- und Scheckprotest</b>	105
2.1 Was ist ein Wechsel- oder Scheckprotest?	105
2.2 Protestverfahren bei einem Wechsel	109

<b>2.3 Schema</b>	110
<b>2.4 Auftrag, § 159 GVGA</b>	111
2.4.1 Erteilung des Auftrags	111
2.4.2 Berechtigung zur Auftragserteilung	111
2.4.3 Auftrag zu was?	113
<b>2.5 Prüfung des Wechsels</b>	114
2.5.1 Allgemein	114
2.5.2 Wechselarten	115
<b>2.6 Der gezogene Wechsel, Art. 1 – 74 WG</b>	116
2.6.1 Formvorschriften	116
2.6.2 Bezeichnung als Wechsel, Art. 1 Nr. 1 WG	116
2.6.3 Unbedingte Anweisung eine bestimmte Geldsumme zu zahlen, Art. 1 Nr. 2 WG	118
2.6.4 Name dessen der zahlen soll, der Bezogene, Art. 1 Nr. 3 WG	120
2.6.5 Die Angabe der Verfallzeit, Art. 1 Nr. 4 WG	122
2.6.6 Die Angabe des Zahlungsortes, Art. 1 Nr. 5 WG	123
2.6.7 Einzug nach dem Wechselabkommen (WeAbk)	125
2.6.8 Die Angabe des Remittenten, Art. 1 Nr. 6 WG	126
2.6.9 Ausstellungstag und Ausstellungsort, Art. 1 Nr. 7 WG	127
2.6.10 Unterschrift des Ausstellers, Art. 1 Nr. 8 WG	128
2.6.11 Zusammenfassung	129
2.6.12 Besonderheiten	130
2.6.13 Haftung des Vertreters, Art. 8 WG	131
2.6.14 Haftung des Ausstellers; Art. 9 WG	131
2.6.15 Blankowechsel, Art. 10 WG	133
<b>2.7 Rückseite des Wechsels - Übertragung des Wechsels durch Indossament, Art. 11 – 20 WG</b>	133
2.7.1 Allgemein zur Übertragung	133
2.7.2 Welche Formen eines Indossaments sind möglich	134
2.7.3 Wer kann den Wechsel weiterübertragen (indossieren)?	135
2.7.4 Wer kommt als Empfänger einer Wechselübertragung in Betracht?	136
2.7.5 Prüfung der Indossamentenkette und Feststellung des formell Legitimierten	136
2.7.6 Unterzeichnung des Indossaments	138
2.7.7 Unbedingtheit des Indossaments	139
2.7.8 Teilindossament	139
2.7.9 Inhaberindossament	139
2.7.10 Wirkungen des Indossaments	140
2.7.11 Garantiefunktion, Art. 15 WG	140
2.7.12 Legitimationsfunktion, Art. 16 WG	144
<b>2.8 Annahme des Wechsels, Art. 21 – 29 WG</b>	153
2.8.1 Allgemein	153

2.8.2	Vorlage durch wen?.....	154
2.8.3	Vorlage an wen? .....	155
2.8.4	Form der Annahme.....	155
2.8.5	Bedingte Annahme, Art. 26 Abs. 1 HS 1 WG.....	156
2.8.6	Annahme für einen Teil der Wechselsumme, Art. 26 Abs. 1 HS 2 WG.....	156
2.8.7	Andere Abweichung nach Art. 26 Abs. 2 WG .....	159
2.8.8	Nochmalige Vorlage, Art. 24 WG.....	160
2.8.9	Streichung der Annahme, Art. 29 WG .....	163
2.8.10	Haftung des Akzeptanten, Art. 28 WG.....	163
2.8.11	Vorlage wann? .....	163
2.8.12	Vorlagegebote, Art. 22 WG.....	164
2.8.13	Vorlageverbot, Art. 22 Abs. 2 und 3 WG.....	169
2.8.14	Kombination von Vorlagegebot und Vorlageverbot.....	170
2.8.15	Nachsichtwechsel, Art. 23 WG .....	171
<b>2.9</b>	<b>Was kommt nach dem materiellen Wechselrecht in Betracht? .....</b>	<b>175</b>
2.9.1	Allgemein .....	175
2.9.2	Verfallzeitpunkt.....	176
2.9.3	Vorlage zur Annahme .....	186
2.9.4	Vorlage zur datierten Annahme .....	186
2.9.5	Vorlage zur Zahlung nach Verfall .....	188
2.9.6	Ausnahme von der Pflicht zur Vorlage zur Zahlung und zur Erhebung eines Zahlungsprotestes, Art. 44 Abs. 4 und 6 WG.....	189
2.9.7	Vorlage zur Zahlung vor Verfall und Erhebung eines Zahlungsprotestes beim Bezogenen im Falle der Unsicherheit des Bezogenen, Art. 43 Abs. 2 Nr. 2, 44 Abs. 5 WG .....	195
2.9.8	Auftrag und materielle Rechtslage.....	202
<b>2.10</b>	<b>Frist für die wechselrechtliche Handlung .....</b>	<b>207</b>
2.10.1	Allgemein .....	207
2.10.2	Frist für die Vorlage zur Annahme und für die Erhebung eines Annahmeprotestes .....	208
2.10.3	Frist für die Vorlage zur Datierung und für die Erhebung eines Datierungsprotestes .....	214
2.10.4	Frist für die Vorlage zur Zahlung nach Verfall und für die Erhebung eines Zahlungsprotestes (Verfall und Zahlung) ..	215
2.10.5	Frist für die Vorlage zur Zahlung vor Verfall und für die Erhebung eines Zahlungsprotestes .....	223
2.10.6	Fristverlängerung infolge höherer Gewalt, Art. 54 WG .....	227
<b>2.11</b>	<b>Zeit der wechselrechtlichen Handlung, Art. 86 WG .....</b>	<b>242</b>
2.11.1	Allgemein .....	242
2.11.2	Einwilligung .....	246



<b>2.12 Vorlage an wen?</b>	247
2.12.1 Protestgegner	247
2.12.2 Wem ist tatsächlich vorzulegen?	247
2.12.3 Übersicht, wer Protestgegner und wem vorzulegen ist, bei den Arten der wechselrechtlichen Handlungen	248
<b>2.13 Vorlageort, Protestort</b>	248
2.13.1 Allgemein	248
2.13.2 Mögliche Vorlageorte	249
2.13.3 Problemfall	249
<b>2.14 Vorlagestelle, Proteststelle</b>	249
2.14.1 Allgemein	249
2.14.2 Für die Protestperson	251
<b>2.15 Zuständigkeit</b>	261
2.15.1 Allgemein	261
2.15.2 Begriff des Protestes	261
2.15.3 Protestperson Notar	261
2.15.4 Zuständigkeit Gerichtsbeamte	262
2.15.5 Zuständigkeit des Gerichtsvollziehers	262
<b>2.16 Verfahren der wechselrechtlichen Aufforderung und das Ergebnis der Aufforderung</b>	264
2.16.1 Allgemein	264
2.16.2 Aufforderung zur wechselrechtlichen Handlung unter Wechselvorlage	268
2.16.3 Handlungsmöglichkeiten des Protestgegners, des Dritten oder Vertreter dieser Personen und das Ergebnis der Aufforderung	269
<b>2.17 Feststellung des Ergebnisses der Aufforderung und Fertigung der Protesturkunde</b>	276
2.17.1 Allgemein	276
2.17.2 Einzelerfordernisse	277
2.17.3 Äußere Form der Protesturkunde	287
2.17.4 Bürotätigkeiten	287
2.17.5 Beispiele für den Inhalt der Protesturkunden:	288
2.17.6 Kosten	299
<b>2.18 Der eigene Wechsel</b>	299
2.18.1 Allgemein	299
2.18.2 Eigener Nachsichtwechsel, Art. 78 Abs. 2 WG	300
2.18.3 Fälligkeit	302
<b>3 Scheckrecht</b>	304
<b>3.1 Übersicht</b>	304
3.1.1 Allgemein	304
<b>3.2 Schema</b>	305

<b>3.3 Auftrag</b>	306
<b>3.4 Formvorschriften und Ausstellung des Schecks</b>	306
3.4.1 Die Formvorschriften des Schecks sind in Art. 1 – 9 ScheckG geregelt	306
<b>3.5 Übertragung des Schecks</b>	309
3.5.1 Allgemein	309
3.5.2 Inhaberscheck	309
3.5.3 Orderscheck	310
3.5.4 Rektascheck	310
<b>3.6 Besonderheit Verrechnungsscheck, Art 39 ScheckG</b>	310
3.6.1 Form und Anordnung	310
3.6.2 Gekreuzter Scheck	311
3.6.3 Für die Protestperson	311
<b>3.7 Vorlage zur Zahlung</b>	312
3.7.1 Allgemein	312
3.7.2 Einlösung	312
3.7.3 Nichteinlösung des Schecks	314
3.7.4 Nichteinlösung beim Einzug über das Scheckabkommen	314
<b>3.8 Frist für die Vorlage zur Zahlung</b>	316
3.8.1 Fristen für die Vorlage	316
3.8.2 Für die Protestperson	317
<b>3.9 Zeit der scheckrechtlichen Handlung</b>	319
3.9.1 Allgemein	319
<b>3.10 Vorlage an die Bezogene</b>	319
3.10.1 Allgemein	319
3.10.2 Für die Protestperson	320
<b>3.11 Vorlage- und Protestort</b>	320
3.11.1 Die Vorlage hat am Zahlungsort zu erfolgen, Art. 1 Nr. 4 ScheckG	320
3.11.2 Für die Protestperson	321
<b>3.12 Vorlage und Proteststelle</b>	321
3.12.1 Allgemein	321
<b>3.13 Zuständigkeit</b>	321
<b>3.14 Verfahren bei der scheckrechtlichen Aufforderung durch die       Protestperson und bei Nichteinlösung die Erhebung eines       Protestes</b>	322
3.14.1 Allgemein	322
3.14.2 Rechtzeitige Vorlage zur Zahlung bei einem Barscheck (innerhalb der Vorlagefrist des Art. 29 ScheckG)	322
3.14.3 Vorlage des Schecks außerhalb der Vorlagefrist	324
3.14.4 Vorlage eines Verrechnungsschecks nach Art. 39 ScheckG	324
3.14.5 Für die Protestperson	325

3.14.6 Bestätigung der bezogenen Bank nach Art. 40	
Nr. 2 ScheckG .....	326
3.14.7 Bestätigung der Abrechnungsstelle nach Art. 40	
Nr. 3 ScheckG .....	327
<b>3.15 Büromäßige Erledigung .....</b>	<b>328</b>
3.15.1 Allgemein .....	328
3.15.2 Kosten .....	328

# **1 Wertpapierrecht und die Zwangsvollstreckung in Wertpapiere**

## **1.1 Übersicht**

### **1.1.1 Allgemein**

In der Ausbildung ist das Wertpapierrecht häufig ein nicht gerade beliebtes Nebenfach. Dies dürfte seinen Grund darin haben, dass

- die gesetzlichen Grundlagen nicht in einem gesonderten Gesetzeswerk, sondern – sofern überhaupt vorhanden - verstreut über viele Gesetze wie BGB, HGB, AktG, KAGB usw. stehen,
- es nur Sonderregelungen wie das Wechselgesetz und das Scheckgesetz gibt,
- die Grundlagen zur Übertragung von Forderungen und von Sachen im Unterricht Bürgerliches Gesetzbuch, Handelsrecht usw. vermittelt werden,
- die Wertpapiere und das Wertpapierrecht meist im Zusammenhang mit dem Bank- und Börsenrecht gesehen werden (auf diesem Gebiet gibt es einige Gesetze und Kommentare), weniger im Zusammenhang mit dem bürgerlichen Recht,
- Wertpapiere auch in der Zwangsvollstreckung nur selten vorkommen.

Grundgedanke des Wertpapierrechts ist die Tatsache, dass sich Forderungen nur schwer nachweisen und übertragen lassen. Besteht die Forderung nicht, hat der Erwerber auch nichts erworben, einen gutgläubigen Erwerb von Forderungen gibt es nicht. Sachen dagegen können vorgelegt und über § 1006 BGB und §§ 932 ff. BGB gutgläubig erworben werden. Über Forderungen können auch Urkunden ausgestellt werden, wie Schuldscheine, Schuld- anerkennnisse usw. Damit lassen sich Forderungen leichter nachweisen, aber eine Sicherheit, dass der in der Urkunde genannte Gläubiger noch Gläubiger, Inhaber der Forderung ist, oder die Forderung weiterübertragen hat oder gar die Forderung erloschen ist, stellt die Urkunde nicht dar. Dies ändert sich dann, wenn zur Übertragung oder Geltendmachung der Forderung die Urkunde vorgelegt werden muss. Dieser Vorlegungszwang ist eines der Hauptmerkmale des Wertpapiers. Doch worin besteht der Unterschied einer normalen Urkunde und einem Wertpapier.

---

Wann sind diese Urkunden Wertpapiere?

Eine Urkunde wird erst dann zum Wertpapier, wenn die Forderung so an die Urkunde geknüpft wird, dass die Urkunde zur Geltendmachung des verbrieften Rechts erforderlich ist. Der Begriff des Wertpapiers ist verständlicher, wenn zur Geltendmachung des verbrieften Rechts nicht nur die Vorlage des Wertpapiers notwendig ist, sondern wenn das Wertpapier das Recht verkörpert, an die Stelle der Forderung das Wertpapier getreten ist. Dann kann bei der Vorlage des Wertpapiers der Erwerber sicher sein, dass er das Recht – zumindest wenn er gutgläubig ist – erwirbt oder der Schuldner aus dem Wertpapier an die richtige Person leistet. Dann ist es ein Wertpapier im engeren Sinn.

### **Wirtschaftliche Bedeutung**

Die wirtschaftliche Bedeutung der Wertpapiere ist groß. Viele Vermögenswerte sind in Aktien, Investmentanteilscheinen, Schuldverschreibungen usw. verbrieft und werden vor allem an der Börse gehandelt. In der Öffentlichkeit wird das Wertpapierrecht nicht als „Papierrecht“ wahrgenommen, sondern im Zusammenhang mit Käufen und Verkäufen durch die Bank und der Darstellung auf dem Kontoauszug gesehen. Warum eine Forderung nach wie vor durch eine Verbriefung in einer Urkunde erfolgt, liegt hauptsächlich daran, dass bei der Übertragung von Forderungen ein gutgläubiger Erwerb nicht möglich ist, während das „Sachenrecht“ – hier in der Form einer Urkunde über die Forderung – einen gutgläubigen Erwerb von Sachen über damit einen gutgläubigen Erwerb von Forderungen kennt.

Hauptwesensinhalt des Wertpapierrechts ist daher die Bindung einer Forderung an eine Sache, eine Urkunde in der Weise, dass zur Geltendmachung der Forderung die Vorlage des Wertpapiers erforderlich ist. Bei den Wertpapieren im engeren Sinne ist die Bindung der Forderung an die Urkunde noch inniger, denn für das Rechtsschicksal der Forderung ist allein die Innehabung des Wertpapiers maßgebend. Wird das Eigentum an der Urkunde gutgläubig erworben, dann wird auch die Forderung erworben.

Bei den häufigen Veräußerungen und Übertragungen von Wertpapieren (dies sind vor allem Wertpapiere im engeren Sinn) an der Börse oder im Wertpapierhandel, hätte der Ausschluss des gutgläubigen Erwerbs fatale Folgen. Die Bindung einer Forderung an eine Sache (hier Urkunde) und die Bindung des weiteren Schicksals der Forderung an die Sache war und ist deshalb der

---

Wesensinhalt des Wertpapierrechts: Die Übertragbarkeit, die Geltendmachung der Forderung ist von der Vorlage der Urkunde abhängig. Diese Vorlage der Urkunde ist aber einer schnellen und häufigen Übertragung nur hinderlich, so dass heute faktisch an die Vorlage und Übertragung der Urkunde eine Buchung bei einer Bank getreten ist. Praktisch vollzieht die Buchung bei einer Bank – quasi im Hintergrund - die Übertragung von Miteigentumsanteilen an der Urkunde, die bei einer Bank verwahrt wird. Ein „vorlegen“ oder „bewegen“ der Urkunde ist nicht mehr erforderlich. Nur so ist der heutige Wertpapierhandel möglich.

Die noch notwendige Urkunde dient heute in der Regel nur dazu, bei einem evtl. Fehler in den Buchungsvorgängen der Banken einen gutgläubigen Erwerb an den Miteigentumsanteilen der Urkunde und damit an der Forderung zu ermöglichen, während die Urkunde selbst bei einer Sammelbank verwahrt ist und bleibt. Dieser fehlende Zwang, die Urkunde bei einer Veräußerung übergeben zu müssen, ermöglicht erst den heutigen massenweisen Handel mit Wertpapieren an den Kapitalmärkten. Der Handel mit sammelverwahrfähigen und an den Kapitalmärkten zugelassenen Wertpapieren wird Effektenhandel genannt.

Für die Zwangsvollstreckung bedeutet dies, dass die Wertpapiere in der Regel sich nicht im Besitz des Schuldners befinden, sondern bei einer Bank oder bei der Wertpapiersammelbank verwahrt sind. Eine Erkenntnis über das Vorhandensein und die Verwahrung von Wertpapieren ist deshalb nur über die Vermögensauskunft nach § 802c ZPO möglich.

### **1.1.2 Definition des Wertpapiers**

Es gibt keine allgemeingültige gesetzliche Definition des Wertpapiers.

Im bürgerlichen Recht werden unterschiedliche Wertpapierbegriffe verwendet. Während für die Sicherheitsleistung nach § 234 BGB nur Inhaberpapiere oder mit Blankoindossament versehene Orderpapiere in Betracht kommen, ist der Wertpapierbegriff im Kindschafts- und Betreuungsrecht weit gefasst ist. Im Kapitalmarktrecht werden wieder andere Kriterien aufgestellt.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Z.B. § 1 Abs. 1 DepotG

Heute wird allgemein unter einem Wertpapier verstanden:

**Wertpapier ist eine Urkunde, in der ein privates Recht in der Weise verbrieft ist, dass zur Geltendmachung des Rechts die Innehabung der Urkunde notwendig ist.<sup>2</sup>**

Eine Urkunde ist eine schriftliche Gedankenäußerung, die den Aussteller erkennen läßt und dem Beweis im Rechtsverkehr zugänglich ist.<sup>3</sup>

Einer elektronischen Datei mangelt es an der Schriftlichkeit und ist deshalb keine Urkunde.

Als private Rechte kommen Forderungen, Sachen- und Mitgliedschaftsrechte in Betracht. Öffentliche Rechte wie Ausweise etc. sind keine Wertpapiere. Inländische Geldscheine sind ebenfalls keine Wertpapiere, sondern Zahlungsmittel.

Notwendig ist weiter die Verbindung der Forderung mit der Urkunde in der Weise, dass zur Geltendmachung der Forderung die Vorlage des Wertpapiers notwendig ist. Bei den Wertpapieren im engeren Sinne steht das Recht an der Urkunde im Vordergrund, an die Stelle der Forderung ist die Urkunde getreten. Kennzeichnend für ein Wertpapier ist deshalb der Zusammenhang von

#### **Recht und Papier.**

Zur Geltendmachung der Forderung ist die Vorlage der Urkunde notwendig.

Bei den Wertpapieren im engeren Sinn ist die Urkunde nicht nur für die Geltendmachung, sondern auch für die Übertragung usw. notwendig, denn an die Stelle der Forderung ist die Urkunde getreten: Wer Inhaber der Urkunde ist, ist auch Inhaber der Forderung.

Möglich sind:

- a) Schuldverschreibungen, §§ 793 ff. BGB,
- b) Wechsel, Scheck, Wechsel- und Scheckgesetz,
- c) Aktien nach dem AktG,
- d) Investmentanteilscheine nach dem InvG,
- e) kaufmännische Scheine nach §§ 363 ff. HGB,
- f) Hypotheken- und Grundschuldbriefe.

---

<sup>2</sup> Gursky A II, Baumbach/Hefermehl/Casper WPR II - I

<sup>3</sup> Baumbach/Hefermehl/Casper WPR II - I

### 1.1.3 Keine Wertpapiere:

Abgrenzung zum Wertpapier:

Ist zur Geltendmachung oder zur Übertragung der Forderung die Urkunde nicht notwendig, sondern erleichtert diese nur den Nachweis über das Bestehen der Forderung, dann handelt es sich bei der Urkunde um kein Wertpapier.

Maßgebend ist weiterhin die Forderung. Derartige Urkunden sind Legitimations- oder Beweispaniere. Sie erleichtern nur den Nachweis über das Bestehen der Forderung.

Als weiteres Abgrenzungskriterium zu den Wertpapieren gilt der Umstand, dass verloren- oder untergegangene Wertpapiere durch ein Aufgebotsverfahren die Eigenschaft als Wertpapier genommen werden muss<sup>4</sup>, bei bloßen Beweispanieren ist dies nicht notwendig.

Bei Rektapanieren steht zwar ebenfalls die Forderung im Vordergrund und es wird die Forderung und nicht die Urkunde übertragen, trotzdem werden die Rektapaniere allgemein den Wertpapieren zugeordnet.

**Keine** Wertpapiere sind die nachfolgenden Urkunden, die im Wege der vorläufigen Sicherstellung durch den Gerichtsvollzieher im Rahmen eines Zwangsvollstreckungsauftrages zur Pfändung dem Inhaber der Urkunde und zugleich Schuldner des Zwangsvollstreckungsverfahrens weggenommen werden können, § 106 GVGA:

- **Bloße Beweisurkunden**

Urkunden, die nur dem Nachweis des in ihnen verbrieften Rechts dienen. Der Nachweis ist aber auch auf andere Weise möglich. Zur Geltendmachung oder zur Übertragung der Forderung ist der Besitz der Urkunde nicht notwendig. Eigentümer der Urkunde ist derjenige, der Gläubiger der Forderung ist.

Hauptfall ist der Schuldschein.

- **Legitimationspaniere oder Legitimationszeichen**

Das sind Paniere oder Zeichen, die ein Forderungsrecht verbrieften, ohne den Gläubiger zu benennen. Der Aussteller oder Ausgeber kann mit befreiender Wirkung an den das Papier o-

---

<sup>4</sup> Z.B. § 799, 1162 BGB, Art. 90 WG, Art. 59 ScheckG, § 72 AktG



der Zeichen Vorlegenden leisten, kann aber auch an denjenigen leisten, der sein Forderungsrecht anderweitig nachweist.

- **Qualifizierte Legitimationspapiere nach § 808 BGB**

Die Einordnung dieser Papiere ist umstritten. Teilweise werden die qualifizierten Legitimationspapiere als Wertpapiere (Rektapapiere) angesehen, weil der Schuldner der Forderung nur gegen Aushändigung der Urkunde zur Leistung verpflichtet ist, § 808 Abs. 2 Satz 1 BGB.<sup>5</sup>

Da der Urkundeninhaber aber nicht berechtigt ist, die Leistung zu verlangen, § 808 Abs. 1 Satz 2 BGB, dies aber ein unabdingbares Merkmal eines Wertpapiers ist, ist die Zuordnung zu den Wertpapieren nicht logisch.

Hauptbeispiel ist das Sparbuch.

- **Konstitutive Urkunden**

Das sind Urkunden, deren Ausstellung für das Entstehen des verbrieften Rechts notwendig ist, das Recht aber auch ohne den Besitz der Urkunde geltend gemachten werden kann, wenn es nachgewiesen wird.

Dies sind z.B. notarielle Urkunden, Testamente, Bürgschaftsurkunde.

- **Wertrechte**

Als Wertrechte werden Anleihen der öffentlichen Hand bezeichnet, die nicht in Urkunden verbrieft sind, sondern nur in einem besonderen Register eingetragen sind. Besonderheit hier ist die Tatsache, dass die Wertrechte kraft Gesetzes wie Wertpapiere, hier wie sammelverwahrte Inhaberschuldverschreibungen, behandelt werden.<sup>6</sup>

#### 1.1.4 Funktionen des Wertpapiers<sup>7</sup>

Nach der Definition des Wertpapiers handelt es sich um eine Urkunde, in der ein privates Recht (Forderung, Sachenrecht, Mitgliedschaftsrecht) in der Weise verbrieft ist, dass zur Geltendmachung des Rechts die Innehabung und Vorlegung der Urkunde notwendig ist.

---

<sup>5</sup> Baumbach/Hefermehl/Casper WPR RdNr. 16

<sup>6</sup> Z.B. Bundesschuldenwesengesetz § 6

<sup>7</sup> Vergleiche hierzu Gursky Wertpapierrecht 1. Teil B II

Das Recht ist damit in der Urkunde verkörpert.

- **Legitimationsfunktion:**

Der Wertpapierinhaber weist sich durch den Besitz der Urkunde aus. Allein der Besitz und die Vorlage der Urkunde genügen, um ihn als Inhaber des verbrieften Rechts auszuweisen; der Inhaber braucht seine materielle Berechtigung nicht nachzuweisen. Für ihn gilt die Rechtsvermutung, dass er der rechtmäßige Inhaber der Urkunde und damit Inhaber der Forderung ist. Damit einher geht eine Beweislastumkehr, so dass der Schuldner die Nichtberechtigung nachweisen muss, wenn er nicht an den Papierinhaber leisten will.

Die Funktion gilt nur für die Wertpapiere im engeren Sinne, den Inhaber- und Orderpapieren (siehe dazu weiter unten).

- **Vorlegungszwang (Hauptfunktion):**

Dies bedeutet, dass der Gläubiger zur Geltendmachung der Forderung die Urkunde vorlegen muss und der Schuldner nur gegen Vorlage der Urkunde zur Leistung verpflichtet ist.

Der Besitzer der Urkunde oder der durch die Urkunde Ausgewiesene muss zur Geltendmachung der Forderung die Urkunde dem Schuldner vorlegen. Dadurch ist ausgeschlossen, dass bei einer Übertragung der Forderung an einen neuen Gläubiger der Schuldner an den „alten“ Gläubiger zahlt. Denn bei einem Wertpapier (im engeren Sinne) wird nicht die Forderung, sondern das Wertpapier übertragen, so dass der neue Gläubiger Besitzer des Wertpapiers sein muss und nur dieser die Urkunde dem Schuldner vorlegen kann (damit wird § 407 BGB ausgeschlossen). Damit ist auch klargestellt, dass Forderungen aus einem Wertpapier Holschulden sind, da das Wertpapier dem Schuldner vorgelegt werden muss und der Schuldner auch den Gläubiger nicht kennen muss.

Zugunsten des Schuldners bedeutet der Vorlegungszwang, dass er nur gegen Vorlage des Wertpapiers leisten muss. Wird ihm das Wertpapier nicht vorgelegt, kann er die Leistung verweigern.

Um Doppelzahlungen zu verhindern, braucht der Schuldner nur gegen Aushändigung des Wertpapiers versehen mit einer Quittung des Papierinhabers leisten. Damit erlischt die Forderung, z.B. Art. 39 WG.

---

- **Verkehrsschutzfunktion**

Wertpapiere sind geschaffen für eine schnelle und einfache Übertragung der in ihr verbrieften Forderung. Die Verkehrsschutzfunktion soll die Umlauffähigkeit der Wertpapiere garantieren. Diese nur für die Wertpapiere im engeren Sinne geltende Funktion hat zur Folge, dass der redliche (gutgläubige) Erwerber nicht nur die Urkunde, sondern auch das verbrieftete Recht tatsächlich erhält.

Deshalb wird er in folgender Hinsicht geschützt:

- a) Dass das Recht überhaupt oder nur in geringerem Umfang entstanden ist, Einwendungen oder Einreden ausgesetzt ist, die sich nicht aus der Urkunde ergeben und dass das Recht wieder erloschen ist.
- b) Dass das verbrieftete Recht einer anderen Person als dem Veräußerer zusteht. Der redliche Erwerber erhält also über den Erwerb der Urkunde nach §§ 932, 935 Abs. 2 BGB einen erweiterten Schutz.

- **Liberationsfunktion (oder Befreiungsfunktion):**

Sie bedeutet, dass eine Leistung des Schuldners an den durch das Papier Ausgewiesenen auch dann zur Tilgung der Schuld führt, wenn der durch das Papier Ausgewiesene materiell nicht der Berechtigte ist.

Diese Funktion findet sich nicht nur bei Wertpapieren, sondern auch bei den qualifizierten Legitimationspapieren nach § 808 Abs. 1 Satz 1 BGB und sogar bei den einfachen Legitimationspapieren wie Gepäckschein, Garderobenmarke usw.

- Alle diese Funktionen gelten für die Wertpapiere im engeren Sinne, das sind die Inhaber- und Oderpapiere, da bei diesen das Recht aus dem Papier (Forderung usw.) dem Recht am Papier (der Urkunde) folgt.

Diese sind deshalb prädestiniert, Gläubiger- und Schuldnerstellung und das verbrieftete Recht einfach und sicher nachzuweisen und damit das verbrieftete Recht weiterzuübertragen.

Für die Rektapapiere und Legitimationspapiere gelten die Funktionen nur, soweit dies bei der einzelnen Funktion angegeben ist. Es gilt „das Recht am Papier folgt dem Recht aus dem Papier“!

Die meisten Wertpapiere werden am Kapitalmarkt gehandelt (Schuldverschreibungen, Aktien, Investmentscheine usw.). Der

---

heutige Kapitalmarkt verlangt aber die Möglichkeit, schnell und weltweit Wertpapiere veräußern zu können. Die Vorlage und Weiterübertragung einer Urkunde ist dabei nicht nur hinderlich, sondern fast unmöglich. Deshalb werden die Wertpapiere bei der Bank oder bei der sog. Wertpapiersammelbank verwahrt und nicht mehr körperlich übertragen. Vielmehr werden über die Bankbedingungen nicht nur Bankvorgänge (Abbuchungen und Gutschriften) getätigt, sondern durch die entsprechenden Buchungsvorgänge Miteigentumsanteile an den bei der Bank oder Sammelbank verwahrten Urkunden übertragen, so dass dem Sachenrechtsgedanken Rechnung getragen wird. Maßgebendes Gesetz hierfür ist das Depotgesetz.

#### **1.1.5 Arten der Verwahrung und die Verwaltung der Wertpapiere (Depotgeschäft)**

Es gibt mehrere Arten, wie Wertpapiere verwahrt werden:

- **Eigenverwahrung**  
Der Inhaber kann natürlich ausgedruckte Wertpapiere selbst verwahren. Dies ist auch der Fall, wenn er ein Bankfach anmietet und diese dort verwahrt, da er immer noch direkten Zugriff zu den Wertpapieren hat.
- **Verwahrung durch den Ausgeber selbst**  
Dies kommt in Deutschland kaum vor.
- **Sonderverwahrung, § 2 DepotG**  
Die Verwahrung von Wertpapieren ist Bankgeschäft iSd. § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 KWG (sog. Depotgeschäft).

Werden der Bank unverschlossen ausgedruckte Wertpapiere zur Aufbewahrung anvertraut, dann verwahrt die Bank diese Papiere unter äußerlich erkennbarer Bezeichnung separat von anderen Wertpapieren auf, § 2 DepotG. Diese Wertpapiere werden durch ein breites Band gekennzeichnet, das den Hinterleger, Art und Menge der Wertpapiere bezeichnet, weshalb diese Art der Aufbewahrung auch Streifbandverwahrung genannt wird. Der Hinterleger behält deshalb Zugriff auf „seine“ Wertpapiere.

---

## **2 Verfahren über den Wechsel- und Scheckprotest**

### **2.1 Was ist ein Wechsel- oder Scheckprotest?**

Als Wechsel- oder Scheckprotest wird die Wechsel- oder Scheckprotesthandlung, aber auch die bei Nichterfüllung der verlangten Handlung notwendige Protesturkunde bezeichnet.

Wechselprotest:

Ein Wechsel ist ein Wertpapier, ein Orderpapier, mit einer bestimmten Fälligkeit, zu dem der Wechselschuldner (Bezogener) die Wechselsumme bezahlen soll. Wird das Wertpapier Wechsel dem Bezogenen zur Fälligkeit vorgelegt und nicht bezahlt, dann ist über diese Handlung ein Protokoll (die Protesturkunde) aufzunehmen, aus der sich der genaue Verlauf der Handlung ergibt. Die Urkunde über die ohne Erfolg durchgeführte Handlung kann nur eine Protestperson (Notar, Gerichtsvollzieher) aufnehmen. Im Unterschied zu sonstigen Rechtsverhältnissen gibt es beim Wechsel sogenannte Rückgriffsschuldner, die im Falle der Nichtzahlung durch den Hauptschuldner (Bezogenen) zur Zahlung der Wechselsumme herangezogen werden können. Diesen Rückgriffsschuldner ist als Nachweis, dass der Hauptschuldner nicht gezahlt hat, der Wechsel samt der sog. Protesturkunde vorzulegen. Aus dieser Protesturkunde ergibt sich, dass der Hauptschuldner nicht gezahlt hat. So kann die Wechselsumme von den Rückgriffsschuldnern erlangt werden, ohne dass es einer Klage und einer Zwangsvollstreckung gegen den Bezogenen bedarf.

Die Protestperson muss deshalb die im Wechselgesetz genannten Bestimmungen genau einhalten, damit die Protesturkunde überhaupt wirksam ist. Diese Regelungen darzustellen, ist Aufgabe dieses Abschnittes II.

Beispiel bei einem Wechsel:

Gerichtsvollzieher X erhält von der VR-Bank Musterstadt am 12.12.2014 unter Vorlage des nachfolgenden Wechsels den Auftrag, den Wechsel zur Zahlung vorzulegen.

---

Wechselvorderseite:

Angenommen <i>Muster, GF</i> Rudolf Muster Geschäftsführer	München, 10.02.2014	
	Gegen diesen <b>Wechsel</b> zahlen Sie am 10.12.2014 an Eugen Mustermann, München	EUR 5.000,00
	Bezogener: Rudolf Muster GmbH Musterstadt	<i>A. Musterin</i> A. Musterin oHG München -Aussteller -
	Zahlbar in bei Musterstadt VR-Bank	

Wechselrückseite:

An R. Lang KG, Mün- chen <i>. Eugen Mustermann</i>	
ppa. <i>Prokurist</i> R. Lang KG, München	
Stadtparkasse Mün- chen <i>Mustermann</i> Muster OHG, München	
Vollmacht gemäß Wechselabkommen Stadtparkasse München München 000 000 00	

Liegen die Voraussetzungen vor, dann hat die Protestperson den Auftrag durchzuführen. Sollte die Vorlage des Wechsels zur Zahlung und die Zahlungsaufforderung bei der VR-Bank erfolglos sein, dann muss ein sog. Protest erfolgen und eine Protesturkunde aufgenommen werden, die wie folgt aussehen könnte:

DR-Nr. 1000/2014		
Im Auftrag der VR-Bank Musterstadt, xy-Straße, Musterstadt, bevollmächtigt aufgrund des Wechselabkommens für die Stadtparkasse München, xy-Straße 10, 80055 München, begab ich mich heute in den Geschäftsraum der VR-Bank Musterstadt, xy-Straße in Musterstadt, traf dort die zur Abgabe von Wechsel-erklärungen befugte Frau xxx an, legte ihr den anliegenden Wechsel vor und forderte sie erfolglos zur Zahlung für die Bezogene, die Rudolf Muster GmbH, Musterstadt, auf.		
Musterstadt, 13.12.2014	(LS)	Unterschrift, Gerichtsvollzieher

Die Protesturkunde wird mit dem Wechsel verbunden und an den Berechtigten – hier an die Bevollmächtigte VR Bank Musterstadt - gemäß dem Wechselabkommen - zurückgegeben.

Welche Folge hat der Protest?

Bei Wechseln und Scheck dient der Protest als Nachweis dafür, dass eine bestimmte nach dem Wechsel- oder Scheckgesetz vorgeschriebene Handlung in der in der Protesturkunde beschriebenen Weise vorgenommen wurde und der Verpflichtete die von ihm verlangte Tätigkeit nicht oder nicht ordnungsgemäß erfüllt hat. Der Protest stellt also eine Beurkundung der für den Rückgriff notwendigen Tatsachen dar und wird in einer Urkunde, die mit dem Wechsel oder Scheck verbunden wird, festgehalten, Art. 43, 44, 79 ff. WG, Art. 40 ScheckG.<sup>49</sup>

Hauptfall ist die Tatsache, dass der Bezogene nicht zahlt. Der Wechselinhaber ist dann aber nicht gezwungen, den Bezogenen zu verklagen und evtl. die Zwangsvollstreckung gegen den Bezogenen aus einem Vollstreckungstitel zu betreiben, sondern er kann aufgrund des Protestes vorerst die Rückgriffsschuldner (das sind die Personen, die vor dem jetzigen Wechselinhaber den Wechsel weiterindossiert und auf der Wechselseite unterschrieben haben – hier: Muster oHG, R. Lang KG, Eugen Mustermann) in Anspruch nehmen, Art. 43 Abs.1, 44, 47 WG, die ihm als Gesamtschuldner für die Zahlung der Wechselsumme haften. Damit diesen Rückgriffsschuldnern die Nichtzahlung der Wechselsumme durch den Bezogenen nachgewiesen werden kann, sind eine Protesterhebung und eine Beurkundung in der sog. Protesturkunde notwendig. Die entsprechende Urkunde, die die Vorlage des Wechsels an den Bezogenen und die Nichtzahlung durch ihn bezeugt, wird mit dem Wechsel verbunden, so dass jeder Rückgriffsschuldner bei der Vorlage des Wechsels samt Protesturkunde feststellen kann, dass der Bezogene nicht gezahlt hat (vgl. Beispiel oben). Diese Protesturkunde können nur bestimmte Personen, nämlich ein Notar oder von den Gerichtsbeamten der Gerichtsvollzieher, Art. 79 WG, § 157 GVGA, wirksam erheben. Der Wechselinhaber selbst kann dies nicht. Eine von ihm erstellte Urkunde wäre nichtig.

---

<sup>49</sup> Bülow, Art. 79 WG RdNr

---

#### Bedeutung der Protesturkunde:

Die Protesturkunde ist deshalb Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Rückgriffsschuldner und muss bei der Geltendmachung des Rechts zusammen mit dem Wechsel dem Rückgriffsschuldner vorgelegt werden, Art. 50 WG. Daneben dient die Urkunde auch als Nachweis darüber, dass der Bezogene bei Fälligkeit nicht gezahlt hat, sich also im Verzug befindet. Die Urkunde muss deshalb den in Art. 80, 81 WG und § 171 GVGA aufgestellten Anforderungen entsprechen.

Mit Protest wird die Protesthandlung als solche, aber auch die evtl. zu fertigende Protesturkunde bezeichnet. Die Protesturkunde stellt eine öffentliche Urkunde dar und ist deshalb mit Sorgfalt aufzunehmen. Sie begründet den vollen Beweis der in der Protesturkunde enthaltenen Tatsachen, § 418 ZPO, § 158 Abs. 3 GVGA. Deshalb können nur bestimmte Personen wirksam Proteste beurkunden. Das sind – wie bereits erwähnt - der Notar und von den Gerichtsbeamten die Gerichtsvollzieher, Art. 79 WG, § 157 Abs. 2 GVGA.

Das vorschriftskonforme Verhalten und die entsprechende Aufnahme der Protesturkunde setzen deshalb ein umfangreiches Wissen der Wechsel- bzw. Scheckgesetzschriften voraus. Die GVGA verpflichtet den Gerichtsvollzieher in besonderer Weise zur Einhaltung der Formvorschriften, § 157 Abs. 3 GVGA.

Die Durchführung eines Protestauftrages ist nur dann möglich, wenn die Voraussetzungen für einen Protestauftrag erfüllt sind. Der Protest ist nur dann wirksam, wenn die Protestperson entsprechend den Regelungen im Wechsel- bzw. Scheckgesetz handelt und danach die geforderte Handlung entgegennimmt oder eine ordnungsgemäße Protesturkunde erstellt.

Wechselproteste sind heute nicht häufig. Ein Scheckprotest dürfte – wenn überhaupt – noch seltener vorkommen, da die Abrechnungsstelle (Bank) den Protest selbst erheben kann, Art. 40 Nr. 2 und 3 ScheckG. Aus diesem Grunde wird der Scheckprotest nur kurz erläutert.

Die in der Praxis wohl nie vorkommenden Fälle des Ehreneintritts bei einem Wechsel, Art. 55 - 63 WG, und der Vervielfältigung eines Wechsels, Art. 64 – 68 WG, werden nicht erläutert. Für diese Fälle verweise ich auf die einschlägigen Kommentare.

---



## **2.2 Protestverfahren bei einem Wechsel**

Mir erscheint eine Darstellung des Protestverfahrens anhand der Lösung einer Wechsel- bzw. Scheckaufgabe geeignet zu sein, sowohl in der Theorie als auch in der Praxis sich nicht nur das notwendige Wissen anzueignen, sondern den Ablauf logisch zu begreifen und Protestaufträge den Vorschriften entsprechend erledigen zu können.

Bevor die Protestperson ihr Büro verlässt, muss sie wissen, ob Auftrag und Wechsel den Vorschriften entsprechen, wann und wohin sie gehen muss und wen sie zu welcher wechselrechtlichen Handlung unter Vorlage des Wechsels auffordern muss.

---

### 2.3 Schema

1.	<b>Auftrag</b>	<b>§ 159 GVGA</b>
2.	<b>Prüfung des Wechsels</b> (Vor- und Rückseite, Annahmen, Besonderheiten)	<b>Art. 1 - 29 WG</b>
3.	<b>Was ist nach dem materiellen Wechselrecht notwendig?</b> (Vorlage zur Annahme, Zahlung usw.!)	
4.	<b>Ist dies mit dem Auftrag und dem Auftragseingangszeitpunkt vereinbar?</b>	
5.	<b>Frist</b> für die wechselrechtliche Handlung	<b>Art. 21, 25, 44 WG, § 164 GVGA</b>
6.	<b>Zeit</b> der wechselrechtlichen Handlung	<b>Art. 86 WG, § 160 GVGA</b>
7.	<b>Vorlage an wen</b> (Protestgegner)	<b>Art. 1 Nr. 3, 4, 27 WG § 165 GVGA</b>
8.	<b>Vorlageort</b> und Protestort	<b>Art. 1 Nr. 5 WG, § 166 GVGA</b>
9.	<b>Vorlagestelle</b> innerhalb des Vorlageortes	<b>Art. 4, 87 WG, § 167 GVGA</b>
10.	<b>Zuständigkeit</b>	<b>Art. 79 WG, § 157 GVGA, § 26 GVO</b>
11.	<b>Verfahren bei der wechselrechtlichen Aufforderung und Entgegennahme der verlangten Tätigkeit</b> (Annahme, Zahlung, Datierung, Sicht), oder der Erhebung eines Protestes	<b>Art. 21, 25, 28, 38, 39, 44 WG, § 168 GVGA</b>
12.	<b>Fertigung</b> der Protesturkunde	<b>Art. 80 – 85 WG, § 171 GVGA</b>
13.	<b>Büromäßige Erledigung</b>	<b>§ 171, 179 GVGA</b>

---

## **2.4 Auftrag, § 159 GVGA**

### **2.4.1 Erteilung des Auftrags**

Der Auftrag ist schriftlich oder mündlich unter Übergabe des (Original-) Wechsels zu erteilen, da – als Wertpapier - zu allen wechselrechtlichen Aufforderungen der Wechsel vorzulegen ist, und im Falle der Zahlung der Wechsel vom Gerichtsvollzieher dem Bezogenen quittiert ausgehändigt werden muss, Art. 39 WG, § 168 Abs. 3 Satz 4 GVGA. Die Befugnis zur Geldannahme kann auch nicht eingeschränkt werden, § 159 Abs. 2 Satz 2 GVGA.

### **2.4.2 Berechtigung zur Auftragserteilung**

Grundsatz:

Berechtigt hierzu ist immer der formell Legitimierte nach Art. 16 WG, § 159 Abs. 1 GVGA.

Die Berechtigung zur Auftragserteilung ist vom Protestnehmer i. S. d. Art. 80 Abs. 1 Nr. 1 WG zu unterscheiden. Erteilt der formell Legitimierte nach Art. 16 WG den Auftrag, sind Auftragnehmer und Protestnehmer identisch.

#### **Ausnahmen**

1.

Erteilt der nicht formell legitimierte Inhaber, aber nach seiner Behauptung der materiell Berechtigte einen Auftrag, muss er seine Berechtigung nachweisen<sup>50</sup>. Diese Nachweise sind urkundlich zu führen. Dies ist z.B. im Falle einer Gesamtrechtsnachfolge durch Vorlage eines Erbscheines, oder bei Firmenänderungen, Umwandlungen nach dem Umwandlungsgesetz (UmwG) durch Vorlage von Handelsregistrauszügen möglich. In Betracht käme auch die Vorlage der Abtretungserklärung über die Forderung statt eines Indossaments. Diese Voraussetzungen müssen der Protestperson urkundlich nachgewiesen werden.<sup>51</sup>

2.

Bei der Einziehung der Wechselsumme durch das Wechselabkommen ist auch die Zahlstelle als letzte am Einzug beteiligte Bank zur Auftragserteilung berechtigt. Die Vollmacht hierzu ergibt

---

<sup>50</sup> BGH in NJW 1977, 1633

<sup>51</sup> Bülow, Art. 80 WG RdNr. 3

sich aus dem Wechselabkommen, Abschnitt II Nr. 2c. Die Bezugnahme auf das Wechselabkommen kommt durch die Anbringung des Stempelabdrucks auf dem Wechsel „Vollmacht gemäß Wechselabkommen, Name der Bank, Bankleitzahl und Ort“ der formell legitimierten Bank zum Ausdruck.

In diesen Fällen sind in einer Protesturkunde die formell legitimierte Bank von der der Stempelabdruck stammt als erste am Einzug beteiligte Bank (erste Inkassostelle) und die Zahlstelle (letzte Inkassostelle) zu bezeichnen, Abschnitt II Nr. 3 WeAbk.

In der Protesturkunde kann dies wie folgt zum Ausdruck kommen: „Im Auftrag der xx Bank (= Zahlstelle und letzte am Einzug beteiligte Bank) gemäß dem Wechselabkommen für die formell legitimierte Bank (= erste am Einzug beteiligte Bank) .....“

3.

Beim Vollmachtsindossament nach Art. 18 WG ist auch der Vollmachtsindossatar (Empfänger der Vollmacht) zur Auftragserteilung berechtigt. Er wird im Auftrag des Vollmachtsindossanten tätig.

Der Vollmachtsindossant muss als Berechtigter – als Protestnehmer –, der Vollmachtsindossatar kann als Auftraggeber in einer Protesturkunde genannt werden.

„Im Auftrag des Vollmachtsindossatars xy für den Vollmachtsindossanten ...“

4.

Beim Pfandindossament nach Art. 19 WG ist der Pfandindossatar im eigenen Namen zur Auftragserteilung ermächtigt, da er eigene Rechte geltend macht.

Deshalb ist in einer Protesturkunde die Angabe des Pfandindossatars ausreichend.

5.

Ist über das Vermögen des formell legitimierten Wechselinhabers das Insolvenzverfahren eröffnet worden, dann kann der Insolvenzverwalter als Vertreter des formell legitimierten Wechselinhabers den Auftrag zur Protesterhebung stellen. In der Protesturkunde (siehe auch dort) ist aber für den formell legitimierten Wechselinhaber als Protestnehmer der Protest zu erheben.

6.

Wird nach der Pfändung eines Wechsels dieser fällig, bevor eine Entscheidung des Vollstreckungsgerichts über die Verwertung ergangen ist, dann hat der Gerichtsvollzieher für die rechtzeitige

---

Vorlage des Wechsels an den Bezogenen zu sorgen und bei Nichtzahlung Protest zu erheben, § 123 Abs. 5 GVGA. Hier ist Auftraggeber der Gerichtsvollzieher selbst.

7.

Bei der Vorlage des Wechsels zur Annahme nach Art. 21 ff. WG ist jeder, der den Wechsel vorlegen kann, zur Auftragserteilung berechtigt, siehe die Formulierung in Art. 21 WG: „von jedem, der den Wechsel auch nur in Händen hält.“

Sollte der Bezogene nicht annehmen, darf dann auch nur für den Besitzer des Wechsels, der nicht formell legitimiert ist, Annahmeprotest erhoben werden?

Aus der Angabe in Art. 21 WG „der den Wechsel auch nur in Händen hält“ muss gefolgert werden, dass derjenige auch einen Annahmeprotest beauftragen kann. Die Frage ist jedoch davon zu trennen, ob dieser auch Rückgriff nach Art. 43 Abs. 2 Nr. 1 WG nehmen kann. Rückgriff kann natürlich nur der formell oder nachgewiesen materiell Legitimierte nehmen.<sup>52</sup>

#### **2.4.3 Auftrag zu was?**

In der Regel wird der Auftraggeber einen ganz bestimmten Auftrag erteilen. Es kommen in Betracht:

- Vorlage zur Zahlung vor und nach Verfall, Art. 34, 38 WG
- Vorlage zur Annahme oder datierten Annahme, Art. 21 – 24 WG
- Vorlage zur Datierung, Art. 25 Abs. 2 WG
- Vorlage zur Sicht, Art. 78 Abs. 2 WG.

Wie sich aus § 159 Abs. 2 Satz 1 GVGA ergibt, ist der Gerichtsvollzieher verpflichtet, alle nach dem Wechselgesetz erforderlichen Handlungen vorzunehmen. Welche dies sind, hängt vor allem vom Zeitpunkt der Auftragserteilung ab. Der Zeitpunkt des Eingangs ist deshalb mitentscheidend, welche Handlung vorzunehmen ist.

Ob der erteilte Auftrag in der geforderten Weise durchgeführt werden kann, kann erst nach Prüfung der Vorder- und Rückseite des Wechsels entschieden werden.

---

<sup>52</sup> Bülow Art. 43 WG RdNr 2

### 2.17.6 Kosten

Für die Protesthandlung fällt eine Gebühr nach Kostenverzeichnis Nr. 23400 Gerichts- und Notarkostengesetz (GNotKG) an. Es handelt sich um eine Pauschgebühr, die die gesamten Kosten abdeckt, auch wenn es nicht zur Erhebung eines Protestes kommt.

Für die Protestperson Gerichtsvollzieher gilt ebenfalls Nr. 23400 GNotKG, § 12 Gerichtsvollzieherkostengesetz (GVKostG).

Zur Erläuterung der Kosten und evtl. Nebenkosten wie Wegegeld usw. verweise ich auf die einschlägigen Kommentare.<sup>176</sup>

## 2.18 Der eigene Wechsel

### 2.18.1 Allgemein

Der eigene Wechsel ist in den Vorschriften Art. 75 – 78 WG geregelt. In vielen Fällen gelten über die Verweisungsvorschrift des Art. 77 WG die Vorschriften des gezogenen Wechsels entsprechend.

Zu erkennen ist der eigene Wechsel daran, dass im Wechselformular steht:

„Gegen diesen Wechsel zahle ich ....“

München, 10.02.2015		
Gegen diesen <b>Wechsel</b> zahle ich 2 Monate nach Sicht an Eugen Mustermann, München		EUR 5.000,00
Zahlbar in bei	Musterstadt VR-Bank	<i>A. Musterin</i> A. Musterin oHG München -Aussteller -

Der eigene Wechsel unterscheidet sich vom gezogenen Wechsel dadurch, dass der Aussteller die Zahlung an den Remittenten verspricht. Es gibt deshalb keinen Bezogenen, keine Annahme, keine

<sup>176</sup> Gerichtsvollzieher-Kostenrecht, Zuhn – Richter, 9. Auflage 9/2014, Schröder-Kay, 13. Auflage 2014, Korintenberg Gerichts- und Notarkostengesetz, 19. Auflage 2015 und weitere

Vorlage zur Annahme und keinen Annahmeprotest. Dies ergibt sich aus dem Wesen des eigenen Wechsels, dass der Aussteller zahlt und aus dem Vergleich der Vorschrift des Art. 1 WG und des Art. 75 WG. Durch die Unterschrift des Ausstellers als Aussteller des Wechsels hat sich dieser wechselrechtlich verpflichtet, bei Fälligkeit die Wechselsumme an den Wechselinhaber zu zahlen, Art. 78 Abs. 1 WG.

Die Vorlage des eigenen Wechsels bei Fälligkeit hat deshalb an die Zahlstelle des Ausstellers, Art. 77 Abs. 2 WG – wenn angegeben – oder an den Aussteller selbst zu erfolgen. Für den eigenen Wechsel gelten über die Verweisungsvorschrift in Art. 77 WG viele Regelungen für den gezogenen Wechsel. Hier ist vor allem auf die Vorlage zur Zahlung nach Art. 38 WG, die Vorschriften über die Rückgriffsvoraussetzungen in Art. 43 und 44 WG hinzuweisen. Da es keine Annahme gibt, gibt es natürlich auch keinen Annahmeprotest und keinen Rückgriff mangels Annahme.

Anwendbar über Art. 77 Abs. 2 WG sind die Vorschriften über den

- Rückgriff mangels Zahlung nach Verfall, Art. 43 Abs. 1, 44 Abs. 3 WG,
- Rückgriff mangels Zahlung vor Verfall, Art. 43 Abs. 2 Satz 2, 44 Abs. 5 und 6 WG.

An die Stelle der Unsicherheit des Bezogenen tritt die Unsicherheit des Ausstellers. Diese Fälle sind unter Ziffer 2.10.5 dargestellt.

#### **2.18.2 Eigener Nachsichtwechsel, Art. 78 Abs. 2 WG**

Beim eigenen Nachsichtwechsel ist der Wechsel innerhalb der Frist des Art. 23 WG zur Sicht vorzulegen, Art. 78 Abs. 2 Satz 1 WG. Mit der Sicht durch den Aussteller beginnt die Nachsichtfrist zu laufen, Art. 78 Abs. 2 Satz 3 WG.

Da der Aussteller durch seine Unterschrift bereits wechselrechtlich verpflichtet ist, die Wechselsumme zu zahlen, bedeutet hier „Vorlage zur Sicht“ tatsächlich nur „Sicht“ vom Nachsichtwechsel durch den Aussteller.

---

Der Aussteller hat deshalb nur einen Sichtvermerk anzubringen. Dieser setzt sich zusammen aus:

1. Dem Vermerk über die Sicht,
2. dem Datum der Sicht,
3. der Unterschrift des Ausstellers.

Art. 78 Abs. 2 Satz 2 WG. Der Ort des Vermerks ist nicht vorgeschrieben.

- *Sicht:*

Es genügen die Vermerke „gesehen“, „heute vorgelegt“, „Kenntnis genommen“ o.ä. Ein Einverständnis mit der Zahlung braucht der Vermerk im Gegensatz zur Vorlage zur Annahme beim gezogenen Nachsichtwechsel an den Bezogenen nicht zu beinhalten, wäre aber unschädlich.

Dieser Teil des Sichtvermerks ist nicht unbedingt erforderlich. Es genügt wenn der Aussteller das Datum der Sicht vermerkt und seine Unterschrift darunter setzt.

Da es sich nicht um eine Vorlage zur „Annahme“ handelt, ist ein Verlangen auf nochmalige Vorlage nach Art. 24 WG nicht möglich. Art. 24 WG ist in der Verweisungsvorschrift des Art. 77 WG nicht enthalten.

- *Datum der Sicht:*

Da die Nachsichtfrist erst mit dem Datum des Sichtvermerks zu laufen beginnt, ist die Datumsangabe notwendig.

Wie allgemein beim Wechsel üblich, ist ein zulässiges eindeutiges Datum anzugeben (vgl. hierzu die Ausführungen zum Ausstellungstag bei Art. 1 WG. Ab dem Tag der Sicht läuft die Nachsichtfrist, Art. 78 Abs. 2 Satz 3 WG. Der letzte Tag der Nachsichtfrist ist der Verfalltag (wie beim gezogenen Nachsichtwechsel).

Sollte der Aussteller kein zulässiges Datum angeben, ist rechtzeitig, d. h. innerhalb der Frist des Art. 23 WG Protest mangels Sichtbestätigung (ein besonderer Datierungsprotest) zu erheben, Art. 78 Abs. 2 Satz 4, 25 Abs. 2 WG.

Für die Protestperson Gerichtsvollzieher zusätzlich § 163 Nr. 3 GVGA.

---



#### Möglicher Inhalt eines Protestes mangels Sichtbestätigung:

<p style="text-align: center;">Protest mangels Sichtbestätigung</p> <p>Für den (Name des formell Legitimierten, Ort, Straße) begab ich mich heute in den Geschäftsraum des Ausstellers (Name) in die (Straße und Nummer) in (Ort), traf dort den Aus- steller persönlich an und forderte diesen unter Vorlage des an- liegenden Wechsels erfolglos zur datierten Sicht des Wechsels auf.</p> <p>Ort, Datum [der Aufforderung] (LS) Unterschrift der Protestperson</p>
---

- *Unterschrift des Ausstellers*  
Hier gelten dieselben Regeln wie bei der Unterschrift des Aus-  
stellers bei der Ausstellung des gezogenen Wechsels.

#### 2.18.3 Fälligkeit

Der eigene Wechsel kann in allen vier zulässigen Fälligkeitsarten ausgestellt werden. Gegenüber dem gezogenen Wechsel gibt es bei der Prüfung und bei der Prüfungsreihenfolge folgende Besonderheiten:

- Kein Bezogener vorhanden
  - Keine Vorlage zur Annahme, keinen Annahmeprotest
  - Vorlage- und Protestort:
    - Bei der Vorlage zur Sichtbestätigung nach Art. 78 Abs. 2 WG Sitz/Wohnort des Ausstellers,
    - bei der Vorlage zur Zahlung nach Verfall der Zahlungsort,
    - bei der Vorlage zur Zahlung vor Verfall Wohnort/Sitz des Ausstellers.
  - Vorlage- und Proteststelle:
    - Bei der Vorlage zur Sichtbestätigung nach Art. 78 Abs. 2 WG Geschäftsraum/Wohnung des Ausstellers,
    - bei der Vorlage zur Zahlung nach Verfall Geschäftsraum der Zahlstelle oder – wenn nicht angegeben – Geschäftsraum/ Wohnung des Ausstellers,
    - bei der Vorlage zur Zahlung vor Verfall Geschäftsraum/ Wohnung des Ausstellers.
-

- Protestgegner ist der Aussteller,
    - beim Protest mangels Sichtbestätigung, § 165 Abs. 3 GVGA,
    - beim Protest mangels Zahlung, § 165 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 GVGA.
  - Beim Verfahren der wechselrechtlichen Aufforderung tritt an die Stelle des Bezogenen der Aussteller.
  - Ansonsten gelten sowohl für den Wechselinhaber, als auch für die Protestperson über die Verweisungen in Art. 77 WG dieselben Vorschriften wie beim gezogenen Wechsel. Dies gilt vor allem für die Fälligkeit und die Frist für die Vorlage und für die Protesterhebung.
-

## 3 Scheckrecht

### 3.1 Übersicht

#### 3.1.1 Allgemein

Der Scheck dient als bargeldloses Zahlungsmittel. Der Scheckaussteller weist seine Bank (die Bezogene beim Scheck) an, an den Schecknehmer einen Betrag zu zahlen. Die Einlösung eines Schecks geschieht heute – wie beim Wechsel – über das Scheckabkommen. Der Schecknehmer holt sich die Schecksumme nicht in bar bei der bezogenen Bank, sondern reicht den Scheck bei seiner Hausbank ein mit dem Auftrag, den Scheckbetrag bei der bezogenen Bank einzuziehen und seinem Konto gutzuschreiben.

Das Scheckrecht ist im Scheckgesetz (ScheckG) geregelt.

Die Hauptunterschiede zum Wechsel sind folgende:

- Der Scheck ist im Gegensatz zum Wechsel Zahlungsmittel und kein Kreditmittel.
- Der Scheck kann nicht angenommen werden, Art. 4 ScheckG. Es gibt deshalb keine Vorlage zur Annahme und auch keinen Annahme- oder Datierungsprotest.
- Der Scheck ist in den Formen
  - Inhaberscheck,
  - Orderscheck und
  - Rektascheck möglich.

Art. 5 ScheckG.

Der Wechsel kann dagegen nicht als Inhaberpapier ausgestellt werden.

- Der Scheck ist immer bei Sicht zahlbar, Art. 28 ScheckG. Für die Vorlage bestehen kurze Vorlagefristen, Art. 29 ScheckG.
  - Der Scheck ist nicht als eigener Scheck möglich.

Der Scheck hat heute nicht mehr die Bedeutung, die er innehatte, als es noch nicht die bargeldlose Zahlung mittels ec-Karte oder Kreditkarte gab. Er hat den Nachteil, dass er nicht akzeptiert werden kann und deshalb immer ungewiss ist, ob der Scheck eingelöst wird. Er ist bargeldloses Zahlungsmittel und hat gegenüber der Überweisung den Vorteil, dass die Kontodaten des Empfängers nicht bekannt sein müssen. Soweit die Kontodaten nicht bekannt sind, ist die Übersendung eines Schecks – meist in der Form eines Verrechnungsschecks – eine übliche Zahlungsart.
-

Die Einlösung eines Schecks erfolgt in der Regel nicht bei der bezogenen Bank, sondern über die Hausbank des Schecknehmers (Inkassobank) über das Scheckabkommen.

Im Wertpapierteil ist dargestellt, dass der Scheck sowohl als Inhaber-, als Order- und als Rektapapier ausgestellt werden kann, Art. 5 ScheckG. Obwohl der Scheck häufig als Inhaberpapier ausgestellt wird, dient der Scheck nicht zur Übertragung einer Forderung und einer späteren Zahlung sondern zur sofortigen Zahlung einer Forderung.

### 3.2 Schema

Gegenüber dem Wechsel ändert sich das Prüfungsschema nur wenig.

1.	<b>Auftrag</b>	<b>§ 159 GVGA</b>
2.	<b>Prüfung des Schecks (Ausstellung und Übertragung, Besonderheiten)</b>	<b>Art. 1 – 24 ScheckG</b>
3.	<b>Vorlage zur Zahlung</b>	<b>Art. 28 – 36 ScheckG</b>
4.	<b>Frist für die Vorlage zur Zahlung</b>	<b>Art. 28, 29 ScheckG, §§ 174, 175 GVGA</b>
5.	<b>Zeit der scheckrechtliche Handlung</b>	<b>Art. 55 Abs. 3 ScheckG, Art. 86 WG, § 172 GVGA</b>
6.	<b>Vorlage an die Bezogene</b>	<b>Art. 1 Nr. 3, 8, 54 ScheckG, § 176 GVGA</b>
7.	<b>Vorlageort = Zahlungsort</b>	<b>Art. 1 Nr. 4, 2 Abs. 2 und 3 ScheckG, § 177 GVGA</b>
8.	<b>Vorlagestelle innerhalb des Vorlageortes</b>	<b>Art. 55 Abs. 3 ScheckG, Art. 87 WG, §§ 178 Abs. 1, 167 GVGA</b>
9.	<b>Zuständigkeit</b>	<b>Art. 55 Abs. 3 ScheckG, Art. 79 WG, § 157 GVGA, § 26 GVO</b>
10.	<b>Verfahren bei der scheckrechtlichen Aufforderung und Entgegennahme der verlangten Zahlung oder der Erhebung eines Protestes</b>	<b>Art. 28, 29, 40, 41 ScheckG, §§ 178 Abs. 1, 168 GVGA</b>
11.	<b>Fertigung der Protesturkunde</b>	<b>Art. 55 Abs. 3 ScheckG, Art. 80 – 85 WG, §§ 178 Abs. 1, 171 GVGA</b>
12.	<b>Büromäßige Erledigung</b>	<b>§§ 178 Abs. 1, 171, 179 GVGA</b>

---

### 3.3 Auftrag

Den Auftrag zur Erhebung eines Scheckzahlungsprotestes kann der Berechtigte erteilen. Dies ist je nach Ausstellungsart des Schecks der Inhaber beim Inhaberscheck, der formell Legitimierte aus der namentlichen Angabe im Scheck und einer ununterbrochenen Indossamentenkette beim Orderscheck und der namentlich Genannte und evtl. durch Abtretungserklärungen Ausgewiesene beim Rektascheck.

Bei einem Scheckeinzug nach dem Scheckabkommen erteilt die Bundesbank im Falle der Nichteinlösung einen „Protest“, eine Bestätigung nach Art. 40 Nr. 3 ScheckG, Abschnitt V Nr. 4 Abs. 2 b Scheckabkommen, wenn der Scheckbetrag 6000 € übersteigt. Lautet der Scheckbetrag bis einschließlich 6.000 €, dann wird von der bezogenen Bank keine Bestätigung nach Art. 40 Nr. 2 ScheckG erteilt, weil dieser der Scheck überhaupt nicht körperlich vorliegt. In diesen Fällen ist eine Auftragserteilung und eine Protesterhebung nach Art. 40 Nr. 1 ScheckG möglich.

### 3.4 Formvorschriften und Ausstellung des Schecks

#### 3.4.1 Die Formvorschriften des Schecks sind in Art. 1 – 9 ScheckG geregelt.

Hauptvorschrift ist Art. 1 ScheckG.

Gegenüber Art. 1 WG fehlen:

- Die Angabe der Verfallzeit.  
Ein Scheck ist immer bei Sicht zahlbar, Art. 28 Abs. 1 Satz 1 ScheckG. Jede gegenteilige Angabe gilt als nicht geschrieben, Art. 28 Abs. 1 Satz 2 ScheckG.
- Die Angabe des Schecknehmers, also des Gläubigers aus dem Scheck.

Diese kann fehlen, weil der Scheck auch als Inhaberscheck ausgestellt werden kann und deshalb die Angabe des Namens des Gläubigers nicht notwendig ist. Da der Scheck aber auch als „Namenspapier“ in der Form eines Orderschecks oder eines Rektaschecks ausgestellt werden kann, Art. 5 Abs. 1 ScheckG, ist in diesen Fällen natürlich die Namensangabe des

---

Schecknehmers notwendig. Für diese Art des Schecks ist der Aussteller maßgebend, eine Änderung durch Indossant o.ä. Personen ist nicht möglich.

- **Inhaberscheck**, Art. 5 Abs. 1 Alt. 3, Abs. 2 und 3 ScheckG:  
Zu erkennen ist dieser Scheck daran, dass
  - an „den Inhaber“ ausgestellt wird, oder
  - dass neben dem Namen des Schecknehmers „oder Überbringer“ oder ein ähnlicher Zusatz steht, Art. 5 Abs. 2 ScheckG,
  - oder die Angabe des Schecknehmers fehlt, Art. 5 Abs. 3 ScheckG.

<p>VR-Bank Musterstadt 00000 Musterstadt</p> <p>Zahlen Sie gegen diesen <b>Scheck</b> --- fünftausend-EURO---</p> <p>an     Bernd Mustermann          Marktplatz 1000          0000 Musterstadt oder Überbringer</p>	<p>Währung / Betrag EUR 5.000,00</p> <p>Musterstadt 09. Februar 2015 <i>Frieda Musterfrau</i></p>
--	---

In der Praxis kommt der Scheck fast immer in dieser Form „oder Überbringen“ vor (sog. Überbringerscheck), da von den Banken diese Formulare ausgegeben werden

Ist ein Schecknehmer angegeben und der Vermerk „oder Überbringen“ gestrichen, handelt es sich um einen Orderscheck, da der Scheck ein geborenes Orderpapier ist und den Zusatz „an Order“ nicht zu enthalten braucht, Art. 5 Abs. 1 Alt. 1 ScheckG.<sup>177</sup> Die Bezogenen (Banken) sind nicht verpflichtet (Bank-AGB), derartige Schecks einzulösen

Ist in einem Überbringerscheck der Zusatz „an Order“ angebracht, dann widersprechen sich die Anweisungen des Scheckausstellers und der Scheck gilt als Inhaberscheck.<sup>178</sup>

Der Inhaberscheck ist ein Inhaberpapier. Formell legitimiert ist jeder, der den Scheck in unmittelbarem Besitz hat.

<sup>177</sup> Baumbach/Hefermehl/Casper Art. 5 ScheckG RdNr. 4, Bülow Art.5 ScheckG RdNr. 2

<sup>178</sup> BayObLG in NJW 1999, 1648

- **Orderscheck**, Art. 5 Abs. 1 Alt. 1 ScheckG:

Zu erkennen ist dieser Scheck an der Angabe des Namens des Schecknehmers **mit** oder **ohne** Zusatz „an Order“ oder eines gleichbedeutenden Vermerks.

Dieser Scheck ist Orderpapier. Er kann durch Indossament übertragen werden, Art. 14 Abs. 1 ScheckG. Formell legitimiert ist derjenige, der namentlich genannt ist und sich durch eine Reihe ununterbrochener Indossamente ausweisen kann, Art. 19 ScheckG (wie Art. 16 Abs. 1 WG).

Diese Art der Scheckausstellung ist „sicherer“, weil sich der Berechtigte aus dem Scheck namentlich ausweisen kann. Die Bankinstitute geben derartige Formulare nur mit besonderer Vereinbarung aus.

- **Rektascheck**, Art. 5 Abs. 1 Alt. 2 ScheckG:

Zu erkennen ist dieser Scheck an der Angabe des Namens des Schecknehmers **und** dem Zusatz „nicht an Order“ oder eines gleichbedeutenden Vermerks.

Dieser Scheck ist Rektapapier und kann nur durch Abtretung übertragen werden, Art. 14 Abs. 2 ScheckG.

- **Schecksumme**, Art. 9 und 7 ScheckG:

Für die Angabe der Summe (Währung, Betrag) gelten die gleichen Bestimmungen wie für den Wechsel in Art. 6 WG.

Im Gegensatz zum Wechsel ist beim Scheck eine Zinsangabe immer unzulässig, Art. 7 ScheckG. Ein trotzdem angegebener Zinsvermerk gilt als nicht geschrieben. Im Übrigen ist der Scheck wirksam.

- **Angabe des Zahlungsortes**, Art. 1 Nr. 4 ScheckG:

Auch hier gilt beim Fehlen der Angabe eines Zahlungsortes der Ort, der beim Bezogenen angegeben ist, Art. 2 Abs. 2 ScheckG.

Weiter ist aber im Scheck zulässig, dass überhaupt kein Zahlungsort angegeben ist. Dann ist der Ort maßgebend, bei dem der Bezogene (die bezogene Bank) ihre Hauptniederlassung hat, Art. 2 Abs. 3 ScheckG.

---

- Angabe des Bezogenen, Art. 1 Nr. 3 ScheckG:

Bezogener eines Schecks soll ein Bankier sein, Art. 3 ScheckG. Ist der Scheck nicht auf einen Bankier gezogen, dann ist der Scheck trotzdem formell wirksam, Art. 3 Satz 2 ScheckG. Da nach den Scheckbedingungen der Banken Formulare zu verwenden sind, wird dies in der Praxis kaum vorkommen.

Der Begriff Bankier wird in Art. 54 ScheckG definiert.

- Wird der Scheck der bezogenen Bank vorgelegt, kann Barauszahlung des Scheckbetrages verlangt werden (sog. Barscheck).

### **3.5 Übertragung des Schecks**

#### **3.5.1 Allgemein**

Je nach Art des Schecks (Inhaber-, Oder- oder Rektascheck) und damit auch nach der Art des Wertpapiers richtet sich die Übertragung des Schecks. Die Übertragung ist in Art. 14 – 24 ScheckG geregelt.

Die Übertragung eines Schecks ist durch die kurze Vorlagefrist in Art. 29 ScheckG zeitlich erheblich eingeschränkt. Der Scheck ist Zahlungsmittel und kein Kreditmittel. Um die Einordnung und Anwendung der Übertragungsregelungen zu erleichtern, stelle ich die drei Scheckarten des Art. 5 ScheckG gesondert dar.

#### **3.5.2 Inhaberscheck**

Zur Wiederholung: Ein Inhaberscheck liegt dann vor, wenn der Aussteller

- den Scheck auf den Inhaber ausgestellt hat, Art. 5 Abs. 1 Alt. 3 ScheckG,
  - den Scheck auf einen Namen mit dem Zusatz „oder Überbringen“ oder mit einem gleichbedeutenden Zusatz (z.B. oder Inhaber) ausgestellt hat, Art. 5 Abs. 2 ScheckG,
  - im Scheck keinen Schecknehmer angegeben hat, Art. 5 Abs. 3 ScheckG.
-



Dieser Scheck ist ein echtes Inhaberpapier und wird nach den Regelungen in §§ 929 ff. BGB übertragen. Ein Indossament ist nicht notwendig.

Erfolgt die Übertragung zusätzlich durch Indossament, wird der Inhaberscheck nicht zum Orderscheck, sondern bleibt Inhaberpapier, Art. 20 HS 2 ScheckG. Der Unterzeichner haftet aber als Rückgriffsschuldner, Art. 20 HS 1 ScheckG (Fall des gesetzlichen Garantieindossamentes).

### **3.5.3 Orderscheck**

Zur Wiederholung: Ein Orderscheck liegt dann vor, wenn der Aussteller den Scheck auf einen Namen ausgestellt hat und

- „an Order“ lautet oder
- keinen Zusatz enthält, da der Scheck ein geborenes Orderpapier ist, Art. 5 Abs. 1 Alt. 1 ScheckG.

Dieser Scheck wird durch Indossament übertragen, Art. 14 Abs. 1 ScheckG. Es gelten die Regelungen in Art. 14 – 24 ScheckG. Berechtigt ist derjenige, der sich im Besitz des Schecks befindet und sich durch eine ununterbrochene Indossamentenkette ausweisen kann, Art. 19 ScheckG. Aufgrund der kurzen Einlösungsfristen (siehe weiter unten) wird eine Indossamentenkette selten vorkommen.

### **3.5.4 Rektascheck**

Zur Wiederholung: Ein Rektascheck liegt dann vor, wenn der Aussteller die Übertragung des Schecks durch den Vermerk „nicht an Order“ oder einem gleichbedeutenden Zusatz ausgeschlossen hat, Art. 5 Abs. 1 Alt. 2 ScheckG.

Der Scheck kann nur durch Abtretung übertragen werden, Art. 14 Abs. 2 ScheckG.

## **3.6 Besonderheit Verrechnungsscheck, Art 39 ScheckG**

### **3.6.1 Form und Anordnung**

Zu erkennen ist dieser Scheck daran, dass auf der Vorderseite quer „Nur zur Verrechnung“ oder ein gleichbedeutender Zusatz wie „Barzahlung verboten“ o. ä. steht. Dies bedeutet, dass die bezogene Bank den Scheckbetrag nicht bar auszahlen darf, sondern auf ein Konto gutschreiben muss. Dieser Vermerk ist bei allen

---